

Zuhörer: 12

Pressevertreter: 2 (Südkurier, Hegaukurier)

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls wird Stadtrat Heinrich Holl und Stadträtin Erika Fritschi nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO wurden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 20.02.2024 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die Variante Nr.3 für die Entwicklung des Windparkprojekts Langwieden weiterzuverfolgen.
2. Der Gemeinderat stimmt der Gewährung eines Ratendarlehens an die Stadtwerke Engen GmbH über 1.000.000 Euro mit einer Zinsfestschreibung über die gesamte Laufzeit zu einem Zinssatz von 3% und einer halbjährlichen Tilgung von 50.000 Euro zu. Die erstmalige Tilgung erfolgt zum 30.12.2024. Die Auszahlung soll zum 01.03.2024 erfolgen.

Die Verwaltung wird ermächtigt ein entsprechendes Angebot abzugeben und bei Zuschlag den Darlehensvertrag abzuschließen.

3 Beschlussfassung über die Standorte zur Geschwindigkeitsmessung des Landratsamtes Vorlage: 225-23/1

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 225 - 23/1 ein und bittet ORDUNGSAMTSLEITERIN LIEBERHERR die offenen Fragen aus der letzten Beratung zur Vorlage vorzustellen.

ORDUNGSAMTSLEITERIN LIEBERHERR erläutert die offenen Fragen, die bei der letzten Beratung zur Vorlage entstanden sind. Hierbei teilt sie dem Gremium mit, dass nach Rücksprache mit dem Landratsamt an den vorgestellten Standorten nichts mehr zu ändern sei. Die vorgeschlagenen Standorte seien aus Sicht des Landratsamtes im Hinblick auf die Verkehrsfährdung die geeignetsten Standorte.

In Bezug auf die Kostenbeteiligung erläutert ORDUNGSAMTSLEITERIN LIEBERHERR, dass es sich hierbei um eine interne Absprache seitens des Landratsamt handeln würde und eine Kostenbeteiligung der Kommunen unerlässlich sei. An dieser Regelung könne man nach Rücksprache nichts mehr ändern. Gleichzeitig betont ORDUNGSAMTSLEITERIN LIEBERHERR auch, dass aus ihrer Sicht die Beteiligung an der Installation der Messgeräte im Verhältnis zur

Gesamtinvestition überschaubar sei. Im Gegenzug würde man als Kommune eine Verbesserung der Verkehrssicherheit an den genannten Standorten bekommen.

STADTRAT GERHARD STEINER fasst die Situation zusammen und merkt an, dass man vorgeschlagenen Standorte akzeptiere, oder eben keine Geschwindigkeitsmessgeräte auf der Gemarkung Engen bekomme. Bürgermeister Harsch bestätigt diese Auffassung und plädiert dafür die Standorte zu realisieren.

STADTRAT JOACHIM KENTISCHER begrüßt es, dass man sich dieser Thematik angenommen hat und ist der Meinung, dass man mit den Messgeräten einen Beitrag für die Verkehrssicherheit leisten würde.

STADTRAT TIM STROBEL sieht die Investitionskosten im Vergleich zu dem was man an Verkehrssicherheit bekomme als verhältnismäßig an. Außerdem dürfe man nicht außer Acht lassen, dass dadurch freie Kapazitäten im Bereich der mobilen Messungen frei werden würden. Er wünsche sich, dass man diese in den Ortsteilen einsetze. Außerdem hakt STADTRAT TIM STROBEL nochmals nach, ob die Ausschreibung für die nächsten fünf Jahre gelte und in dieser Zeit dann auch keine Ergänzung stattfinden könne. ORDNUNGSAMTSLEITERIN LIEBERHERR erläutert, dass nach Rücksprache mit dem Landratsamt bis zur nächsten Ausschreibung keine Ergänzungsmöglichkeiten bestünde.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ teilt mit, dass man als CDU-Fraktion mehrheitlich gegen den Beschlussvorschlag sei und betont dabei, dass dies nicht bedeute, dass man gegen Geschwindigkeitskontrollen sei. Man sehe den Beschlussvorschlag aber als Erpressung seitens des Landratsamtes. Hierbei stellt STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ die Frage in Raum, für was man denn eigentlich Kreisumlage bezahle.

STADTRAT GERHARD STEINER betrachtet die Geschwindigkeitskontrollen als sehr sinnvoll. Gleichzeitig äußert er sein Ärgernis über die Kostenbeteiligung, betont aber, dass dies nicht dazu führen dürfe, etwas Positives für Engen abzulehnen.

STADTRAT BERNHARD MAIER stellt fest, dass es sich hierbei um klassifizierte Straßen handle und daher das Landratsamt zuständig sei. Er plädiere daher dafür, den Ansatz der Stadt Singen weiterzuverfolgen und auf den eigenen Straßen feste Messgeräte zu leasen. Hierbei hätte man dann auch etwas von den Einnahmen.

STADTRAT TIM STROBEL äußert sich dahingehend, dass man für die Beteiligung der Kosten relativ viel bekommen würde, er sehe hier einen großen Mehrwert. Aus seiner Sicht überwiege der Nutzen erheblich.

BÜRGERMEISTER HARSCH teilt dem Gremium mit, dass er dieses Vorgehen des Landratsamtes aus seinem Landkreis ebenfalls kenne. Auch in seinem vorherigen Landkreis hätten sich die Kommunen an den Kosten beteiligt. Außerdem stellt er nochmals das Ziel der Geschwindigkeitsmessungen, langsames fahren und Verkehrssicherheit, in den Vordergrund.

STADTRAT HEINER HOLL hält fest, dass die bestehende Anlage in Barga in jedem Fall weg falle, da diese nicht mehr gewartet werde.

STADTRAT CHRISTIAN ARNOLD hält die Argumentation für den Standort in Anselfingen für schlicht falsch. Außerdem sei er erschrocken über das Vorgehen des Landratsamtes.

STADTRAT GERHARD STEINER äußert den Wunsch über die Standorte getrennt abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HARSCH schlägt daraufhin dem Gremium vor, getrennt über die einzelnen Standorte abzustimmen. Gegen diesen Vorschlag regt sich aus dem Gremium keinen Widerstand. Im Anschluss wird über die Standorte getrennt abgestimmt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgende Beschlüsse:

Für den Standort Bargen, stimmen 10 Mitglieder mit Ja, 3 Mitglieder mit Nein, 2 Mitglieder enthalten sich.

Für den Standort Engen Aacher Straße, stimmen 8 Mitglieder für Ja, 6 Mitglieder mit Nein und eine Enthaltung.

Für den Standort Anselfingen, stimmen 9 Mitglieder mit Ja, 5 Mitglieder mit Nein und eine Enthaltung.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die drei von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte in der Bargener Straße, der Aacher Straße und der Anselfinger Straße als stationäre Messplätze für die Geschwindigkeitsmessung des Landratsamtes.
2. Der Gemeinderat beschließt die für den jeweiligen Stromanschluss benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

4 Beschlussfassung über die Beschaffung von Digitalfunk Feuerwehr Vorlage: 041-24

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 041 - 24 ein und verweist auf die Drucksache.

STADTRAT BERNHARD MAIER erkundigt sich nach dem geplanten Zeitfenster für die Einführung des Digitalfunks.

FEUERWEHRKOMMANDANT FISCHER teilt mit, dass man den Fahrzeugfunk hoffentlich in diesem Jahr einführen könne. Bezüglich des Einsatzstellenfunks sei das Zeitfenster noch nicht klar, dies könne in diesem Jahr sein, könnte aber auch auf zwei Runden verteilt werden.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Umrüstung auf Digitalfunk sowie die damit verbundene Beschaffung der o.g. Digitalfunkgeräte für die Feuerwehr Engen.
2. Der Gemeinderat beschließt den Auftrag für die Umrüstung auf Digitalfunk zum Preis von 50.544,17 Euro an die Firma KTF Selectric (Sepura) zu vergeben.

5 Beschlussfassung über die Sanierung des Hegaustadions **Vorlage: 047-24**

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 047 - 24 ein und bittet STADTBAUMEISTER DISTLER die Planung vorzustellen.

STADTBAUMEISTER DISTLER erläutert mithilfe einer Präsentation die Planung und das Vorgehen. Hierbei geht er insbesondere darauf ein, dass das Stadion rund 40 Jahre Bestand hätte und nun die erste Grundsanierung anstehe.

STADTBAUMEISTER DISTLER erläutert die Struktur des Stadions und die geplanten Sanierungsmaßnahmen. Außerdem erläutert er die aktuelle Kostenberechnung und den weiteren zeitlichen Ablauf. Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise erläutert STADTBAUMEISTER DISTLER, dass die Vergabe für die Gemeinderatssitzung im Mai vorgesehen sei. Laut Zuwendungsbescheid muss der formelle Baubeginn vor dem 1. Juni stattgefunden haben. Ein genauer Zeitplan könne erst nach der Auftragsvergabe festgelegt werden.

BÜRGERMEISTER HARSCH ergänzt, dass aufgrund der Förderung des Zuwendungsbescheides Druck in der Maßnahme sei. Man müsse die Auftragsvergabe abwarten, um ein genauen Zeitplan festzulegen.

STADTRAT BERNHARD MAIER möchte nochmals wissen, ob geklärt sei, dass man zum 1. Juni angefangen haben müsse. STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass dies in den Fördervoraussetzungen klar geregelt sei. Sollte der Auftrag aber vergeben sein, könne man hier sicher nochmals ins Gespräch mit dem Regierungspräsidium gehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Sanierung des Hegaustadions (Baubeschluss)

6 Beschlussfassung über die Verpachtung der Jagdbezirke der Jagdgenossenschaft Engen sowie der Eigenjagd der Stadt Engen zum 01.04.2024 **Vorlage: 043-24**

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 043 - 24 ein und bittet KÄMMERIN MUSCHELER die Vorlage entsprechend vorzustellen.

KÄMMERIN MUSCHELER erläutert mithilfe einer Präsentation detailliert das Vorgehen zur Jagdverpachtung der Jagdbezirke, Jagdbogen Engen 3, Jagdbogen Engen 4, Eigenjagd Absetze/Sauergras/Langwieden.

Hierbei erläutert KÄMMERIN MUSCHELER auch nochmals die Vorgehensweise. In der Sitzung am 27.07.2021 hätte der Gemeinderat beschlossen die Jagdneuverpachtungen in einem neutralen, transparenten und diskriminierungsfreien Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Die Ausschreibung erfolgte ab dem 1.12.2023 und Bewerbungen konnten schriftlich vom 1.12.2023 bis einschließlich 12.1.2024 eingereicht werden. Die Ausschreibungskriterien inklusive der Punktevergabe sei im Vorfeld mit der einberufenen Bewertungskommission erarbeitet worden.

Den ausgearbeiteten Vergabekriterien hätte der Gemeinderat entsprechend zugestimmt und beschlossen. Die Vergabekriterien und die Punktevergabe erläutert Kämmerin Muscheler detailliert.

Weiter erläutert KÄMMERIN MUSCHELER, dass vier Bewerbungen eingegangen seien, wobei sich eine Bewerbung auf drei Jagdbögen bezogen hätte. Zwei Bewerber, die derzeitig Pächter sind, hätten Empfehlungsschreiben von ansässigen Landwirten erhalten. Die Angebote seien am 18.01.2024 in Anwesenheit der Mitglieder Bewertungskommission geöffnet worden und im Anschluss von der Verwaltung ausgewertet worden. Die Bewertungskommission hätte keinerlei Einwände erhoben. Im Anschluss an die Vorstellung der Vergabekriterien, zeigt Kämmerin Muscheler die Punktevergabe der jeweiligen Bewerbungen auf.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ bedankt sich für die Arbeit und betont, dass es sich hierbei um ein faires und transparentes Verfahren gehandelt habe.

STADTRAT HEINER HOLL teilt dem Gremium mit, dass er von Bewerbern angesprochen wurde, die zum Ausdruck gebracht hätten, dass die Bewerber die noch kein Jagdbogen innegehabt hätten, benachteiligt seien. KÄMMERIN MUSCHELER antwortet, dass bestimmte Kriterien notwendig seien um eine faire Vergabe durchzuführen. Außerdem erläutert sie, dass vom Gemeinderat damals entschieden wurde, dass bisherige Jagdpächter entsprechende Punkte bekommen sollten.

STADTRAT JOACHIM KENTISCHER betont ebenfalls nochmals, dass das komplette Verfahren transparent und fair abgelaufen sei und bedankt sich für die tolle Arbeit bei der Verwaltung.

BÜRGERMEISTER HARSCH bezeichnet das Verfahren als vorbildlich und bringt zum Ausdruck, dass hier eine Objektivität gewährleistet gewesen sei. Vom Vorgehen sei er begeistert, so habe er eine Jagdverpachtung noch nie durchgeführt und spricht von einem fairen transparenten Verfahren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat als Jagdvorstand der Jagdgenossenschaften Engen und als Eigenjagdbesitzer beschließt, dass zum 01.04.2024
 - der gemeinschaftliche Jagdbezirk 3 Engen/Bargen/Hegaublick und die Eigenjagd Absetze/Sauergras/Langwieden zu einem Pachtpreis von insgesamt 14.044,60 Euro an die Pächtergemeinschaft Thomas Zeler und Harry Kohler vergeben wird.
 - der gemeinschaftliche Jagdbezirk 4 Stetten zu einem Pachtpreis von 3.395,00 Euro an die Pächtergemeinschaft Josef Steidle, Dr. Kai Endriß, Erwin Vögele vergeben wird.

7 Beschlussfassung über die Verlegung der Jagdgrenze zwischen Jagdbogen 1 und Jagdbogen 12 Vorlage: 046-24

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nummer 046 - 24 ein und bittet KÄMMERIN MUSCHELER die Vorlage zu erläutern.

KÄMMERIN MUSCHELER erläutert die Hintergründe zur Verlegung der Jagdgrenzen zwischen Jagdbogen 1 und Jagdbogen 12. Die Zustimmung beider Jagdpächter würde vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat als Jagdvorstand der Jagdgenossenschaft Engen und als Eigenjagdbesitzer beschließt, dass zum 01.04.2024 die Grenze zwischen Jagdbogen 1 und Jagdbogen 12 wie im beiliegenden Plan dargestellt, verlegt wird.

8 Beschlussfassung über den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung 2024 Vorlage: 044-24

BÜRGERMEISTER HARSCH hält seine Rede zum Haushaltsplan 2024.

Im Anschluss hält die UVV-Fraktion, Herr GERHARD STEINER, sowie für die CDU-Fraktion, Herr JÜRGEN WALDSCHÜTZ und für die SPD-Fraktion, Frau CONNY HOFFMANN ihre jeweiligen Haushaltsreden zum Haushaltsplan 2024.

Im Anschluss fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2024.

9 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

9.1 Nachfrage bezüglich Behindertenparkplatz in der Schillerstraße

FRAU RITTER erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Behindertenparkplatz vor ihrem Geschäft. HAUPTAMTSLEITER HOCK antwortet, dass man die Angelegenheit derzeit noch prüfe.

10 Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

11 Dringende Vergaben

12 Mitteilungen

12.1 Förderprogramm 2023

12.2 Allgemeine Finanzprüfung

12.3 Mitteilung zu Bauanträgen

12.4 Mitteilungsvorlage HH Jahr 2024

13 Anregungen und Anfragen

13.1 Nachfrage zum Solarkataster

STADTRAT BERNHARD MAIER möchte wissen, wann das Solarkataster fertiggestellt sei. STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass man versuche dies für die nächste TUA Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

13.2 Nachfrage bezüglich Lindenbäume entlang der Bundesstraße Welschingen

STADTRAT ARMIN HÖFLER möchte wissen, wer für den Rückschnitt der Lindenbäume entlang der Bundesstraße in Welschingen verantwortlich gewesen sei.

Aus seiner Sicht sei der Rückschnitt zu radikal gewesen. So würden die übrig gebliebenen Bäume nicht überleben können. Außerdem möchte er wissen, ob hier eine Abstimmung zwischen Straßenmeisterei und Stadt stattgefunden hätte.

STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass er den Sachverhalt nachprüfen müsse.

Unterzeichner/in:

Datum:

Frank Harsch
Bürgermeister

Jochen Hock
Protokollführer

Heinrich Holl
Stadtrat

Erika Fritschi
Stadträtin
